Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 11

Artikel: Das Wirtschaftschaos in China : Gründe und Auswirkungen

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076430

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das Wirtschaftschaos in China

Gründe und Auswirkungen

Obwohl die Getreidelieferungen Chinas z. B. nach Hongkong im Laufe des letzen Jahres aus propagandistischen Gründen mehr als verdoppelt wurden, häufen sich seit Ende vorigen Jahres die Nachrichten über ernste Naturkatastrophen auf dem chinesischen Festland. Es stellte sich dabei die Frage: inwieweit trugen die Naturkatastrophen zu dem offensichtlichen Zusammenbruch der Wirtschaft bei, und in welchem Umfang waren Misswirtschaft und parteigelenkte, überspannte Pläne die Ursache für die derzeitige schwere Wirtschaftskrise, in der sich China befindet?

Auf einen falschen Nenner

Der zweite Fünfjahresplan (1958—1962) sah vor allem die Entwicklung der Schwerindustrie bei gleichzeitiger Entwicklung der Landwirtschaft vor, wobei der Schwerindustrie in diesem Plan Priorität eingeräumt wurde. Andererseits wiesen die chinesischen Publikationen immer wieder darauf hin, dass die Landwirtschaft die Basis für die Industrialisierung des Landes darstelle. Die landwirtschaftliche Produktion hoffte China dadurch zu intensivieren und zu rationalisieren, dass es die bis 1958 bestehenden bäuerlichen Kollektivwirtschaften zu noch grösseren Einheiten, den sogenannten Volkskommunen zusammenfasste. Man suchte also auf die Agrarwirtschaft die Gesetze der industriellen Entwicklung zu übertragen und hoffte durch die neuen Grossbetriebe eine erhöhte Produktion zu erzielen. Diese Kalkulation aber erwies sich bald nach den ersten Gehversuchen als Fehlschlag. Denn der Landwirtschaft wohnen andere Entwicklungsgesetze inne als der Industrie.

Ausbeutung rentierte nicht

Dazu kam noch, dass sich der chinesische Bauer vom Regime in Peking insofern betrogen fühlte, als man auf seinem Rücken zwar zur Macht gelangt war und ihm dabei ein Stück eigener Erde versprochen hatte, sich aber diese Versprechungen in sehr kurzer Zeit nach der Machtergreifung der Kommunisten nicht nur in Nichts auflösten, sondern sich sogar ins Gegenteil verkehrten, weil man den Bauern mit Einrichtung der Volkskommunen im September 1958 endgültig zum Arbeitssklaven des Regimes herabgewürdigt hatte. Die Folge davon war zweifach: der Bauer hatte das Interesse an der Bearbeitung des Bodens, der nicht mehr sein Eigentum war, verloren, und sachunkundige Funktionäre trugen ein übriges zur Misswirtschaft bei. Die 1959 und 1960 hereinbrechenden Naturkatastophen stürzten die Wirtschaft in ein endgültiges Chaos und schwere Mängel wurden in allen Wirtschaftszweigen offenbar.

Ausmass der Katastrophe

Das Ergebnis dieser Tatsachen war, dass man Anfang Januar dieses Jahres von seiten des ZK der KP Chinas nun auch offiziell zugeben musste, dass «in der Landwirtschaft der Butterproduktionsplan für 1960 nicht erfüllt wurde». In dem Communiqué des ZKs vom 8. Januar 1961 wurde auch implicite der Zusammenbruch der Volkskommunen und die Hungerkatastrophen zugegeben. Es heisst «In den Landgebieten müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die Volkskommunen weiter zu festigen ..., Sorge um den Lebensunterhalt der Mitglieder der Volkskommunen zu tragen und ihnen zu helfen, die Schwierigkeiten, welche durch die Naturkatastrophen verursacht worden sind, zu überwinden ...»

Wie schwer das Land derzeit allein unter dem Zusammenbruch der landwirtschaftlichen Produktion zu leiden hat, geht aus den von Peking veröffentlichten Berichten am besten hervor, in denen es heisst, dass «insgesamt 60 Millionen Hektaren Land, oder die Hälfte des gesamten Ackerlandes Chinas, in diesem Jahr (1960) von Naturkatastrophen betroffen wurde, davon 20 bis 26 Millionen Hektaren so schwerwiegend, dass in einigen Landstrichen nichts angebaut werden konnte. Ausserdem waren die Auswirkungen der diesjährigen Naturkatastrophen deshalb besonders schwerwiegend, weil sie den vorjährigen (1959) auf den Fersen folgten, als 40 Millionen Hektaren von Trockenheit oder Ueberschwemmungen heimgesucht wurden ...» Als besonders katastrophal werden neben der Trockenheit Taifune, Springfluten, Hagelstürme, starke Fröste, Insektenplagen und Pflanzenkrankheiten angeführt. Ferner heisst es, dass die Kommunenmitglieder vielerorts viele Male den Boden neu bestellen mussten, in manchen Fällen fünf- bis sechsmal.

Rationierung und andere Massnahmen

Wenn man vor Augen hat, dass, falls die angegebenen Effektivzahlen stimmen, 1959 rund 270 Millionen Tonnen Getreide geerntet wurden und der Agrarproduktionsplan für 1960 nicht erfüllt wurde, dann sind die Auswirkungen und Folgen dieser durch Misswirtschaft und Naturereignisse bedingten schweren Krise allein aus dem, was offiziell zugegeben wird, leicht auszurechnen. Die bereits seit Jahren bestehende Lebensmittelrationierung, die ein gestuftes System vorsieht, wird notwendigerweise einschneidende Kürzungen erfahren müssen. So wurde bereits Ende Januar in der Provinz Anhwei ein Aufruf erlassen, der zur Sparsamkeit im Lebensmittelverbrauch aufruft; ferner wird besonders auf einen geplanten Nahrungsmittelkonsum verwiesen, weil bis zur Ernte, d. h. erst in ungefähr fünf Monaten, kein neues Getreide vorhanden sein wird. Ferner hofft man die Zwischenzeit mit einem erhöhten Gemüseanbau zu überbrücken. Nach vorsichtigen Schätzungen dürfte, bei Zugrundelegung einer Bevölkerungszahl von rund 700 Millionen, durchschnittlich bis zur neuen Ernte 1/4 Kilo Brotgetreide täglich pro Kopf entfallen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass von offizieller Seite bereits 1959 erklärt worden ist, dass «die Anlieferung von Fleisch und Eiern noch einige Zeit brauchen wird, um eine relativ hohe Steigerungsquote zu erreichen»! Das heisst also, dass das Brotgetreide — Weizen, Reis usw. — das Hauptnahrungsmittel der chinesischen Bevölkerung darstellt und man bei solchen «Verpflegungssätzen» ohne weiteres von einer schweren Hungerkatastrophe sprechen kann. Aus diesem Grunde ist man in einigen Volkskommunen bereits dazu übergegangen eine gewisse Winterruhe einzuhalten.

Um dieser katastophalen Lage einigermassen zu begegnen, sah sich China dazu gezwungen in der Freien Welt grosse Getreideeinkäufe zu tätigen — Abschlüsse sind bisher mit Kanada und Australien bekanntgeworden — und für die Verfrachtung Schiffe zu chartern. Ferner wird es voraussichtlich seine Hilfslieferungen in die Entwicklungsgebiete einschränken, wenn nicht überhaupt einstellen müssen, was wiederum einen Abbruch am kaum errungenen politischen Prestige bedeuten würde. Vor allem aber wird es seine hauptsächlich aus Agrargütern bestehenden Exporte nach der Sowjetunion stark kürzen müssen. Die sich derzeit anbahnenden Wirtschaftsverhandlungen zwischen China und der Sowjetunion werden nach ihrem Abschluss ein endgültiges Bild vermitteln.

Kettenreaktion

Diese schwere Krise betrifft aber nicht die Landwirtschaft und den Lebensmittelsektor allein, sondern zeigt auch starke Auswirkungen auf alle anderen Wirtschaftszweige, einschliesslich der Schwerindustrie. So haben in den Provinzen Liaoning, Shantung und Hopei schwere Regengüsse und Ueberflutungen im August 1960 eine Einstellung der Eisen-, Stahl- und Kohlenproduktion sowie der Energieerzeugung

Meldungen von morgen

Ein sowjetischer Raketenstützpunkt in Indonesien? Laut einer amerikanischen Quelle hat ein hoher sowjetischer Raketenexperte um die Möglichkeit eines diesbezüglichen Vertrages zwischen Moskau und Djakarta Besprechungen mit der Regierung Sukarno geführt. Nach dem Vorschlag des Kremls würde der Stützpunkt oder die Teststation für Versuche im Pazifikraum eingerichtet.

*

Eine erheblich intensivierte kommunistische Guerillatätigkeit, wenn nicht gar offener Kampfausbruch, ist auf die südvietnamesischen Präsidentschaftswahlen vom 9. April zu erwarten. Der kommunistisch geleitete Viet Kong, dessen Mannschaftsbestand sich innert drei Jahren auf 9000 verdreifacht hat, ist gegenwärtig in Reorganisation (zur Aufnahme eigentlicher militärischer Aktionen?) begriffen. Schon jetzt kosten die Dschungelgefechte mehr Opfer als die blutigen Wirren in Laos.

*

Jugoslawien will laut «Vjesnik u sredu» 1965 einen eigenen Erdsatelliten abfeuern.

*

Südkorea muss sich gegen die Gefahr einer Ernährungskrise vorsehen. Eines der grössten Probleme des Landes ist nach Darstellung von Ministerpräsident John Chang die beschleunigte Bevölkerungszunahme. Zu den 23 Millionen Einwohnern werden nach seiner Aussage dieses Jahr 500 000 hinzukommen, und die Wachstumsrate vergrössert sich weiterhin.

*

Um die Sowchose «Sarja Kommunisma» bei Moskau haben die Arbeiten zur ersten Agrostadt der Russischen Republik begonnen. Solche Siedlungen waren bisher nur in den Neulandgebieten, namentlich Kasachstans, gegründet worden.

und des Verkehrs zur Folge gehabt. Ausserdem haben verschiedene mittlere und kleinere Industriebetriebe sowie Bauunternehmungen bereits im Vorjahr ihre ursprünglichen Planziele herabsetzen müssen, weil sie der Landwirtschaft Arbeitskräfte zur Verfügung stellen mussten. Das Ergebnis davon ist, dass im Plan 1961 in der Schwerindustrie der Umfang der geplanten Grossprojekte reduziert wurde. Ausserdem wird besonders nachdrücklich zur sparsamen Verwendung von Rohmaterialien gemahnt.

In der Leichtindustrie, die grossteils rohmaterialmässig von der Landwirtschaft abhängig ist, sind, der chinesischen Presse zufolge, die Auswirkungen dieses wirtschaftlichen Zusammenbruchs am meisten spürbar. Man schätzt, dass Produkte, wie z. B. Baumwolle, Textilien, Strickwaren, Zigaretten, Pflanzenöle, Zucker usw. «ihre ursprünglichen Planziele nur mangelhaft erreichen werden». Angesichts dieser schweren Krise soll das Hauptaugenmerk im Jahre 1961 vor allem «auf die Stärkung der Agrarfront» konzentriert werden. Bereits jetzt hat sich gezeigt, dass die Auswirkungen dieses verfahrenen Wirtschaftssystems offensichtlich so schwerer Natur waren, dass man sich auch von offizieller Seite her endlich entschliessen musste, das herrschende Wirtschaftschaos zuzugeben. Man macht aber nicht nur die Naturkatastrophen allein dafür verantwortlich, sondern auch «verschiedene Unzulänglichkeiten» der Funktionäre, vor allem aber auch «Sabotageakte schlechter Elemente». Deshalb wurden umfassende «Säuberungen» und eine Berichtigungskampagne in Angriff genommen, d. h. also man sucht nach Sündenböcken.

Dezentralisierte Zentralisierung

Neben gewissen Dezentraliserungsbestrebungen, besonders in der Landwirtschaft, hat man sich darüberhinaus entschlossen zur Ueberwachung der lokalen Parteikomitees in den verschiedenen Gebieten sechs Zweigstellen des Zentralkomitees einzurichten, die der Zentrale direkt unterstehen. Diese Verstärkung des Parteiapparates und seine dezentralisierte Zentralisierung deuten darauf hin, dass man durch einen verschärften Kurs das zerrüttete Wirtschaftsgefüge — und sei es mit Gewalt — wieder auf die Füsse zu stellen hofft, um damit die eigene Position wieder zu festigen. Allerdings ist dabei zu bedenken, dass verstärkter Druck verstärkten Gegendruck erzeugt!

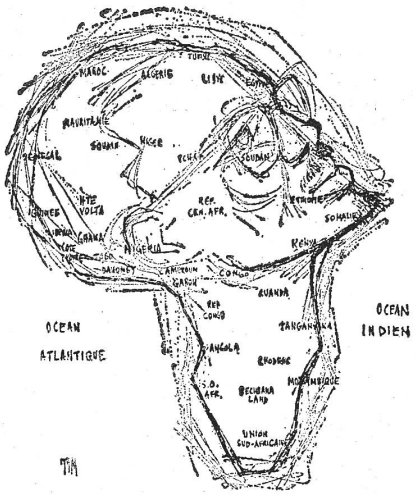
Aussenpolitik

Bulgarien

Afrika = Lumumbien

Galt diese Gleichsetzung im gesamten Ostblock schon zu Lebzeiten des kongolesischen Politikers, so wird sie seit Bekanntgabe seines Todes noch viel mehr ausgeschlachtet: Der ganze Kontinent wird als Lumumbas Vermächtnis dargestellt, und dieses zu verwalten ist selbstverständlich der Kommunismus berufen.

Bezeichnend für diese politische Mythenbildung ist die hier wiedergegebene Zeichnung, die von der «Otetschestven Front» in Sofia aus einer nicht angegebenen, anscheinend französischen Quelle übernommen wurde. Das leicht kitschig wirkende Bild diente als Illustration zu einem Bericht über die Rede Nkrumahs vor den



Vereinten Nationen, in welcher der linksstehende ghanesische Präsident seinen Kongoplan darlegte.

In der Sowjetunion ist die erste Nummer der Zeitschrift «Asien und Afrika heute» erschienen. Ein grosser Artikel trägt den Titel «Patrice Lumumba — das Freiheitsbanner Afrikas».

Statistisches

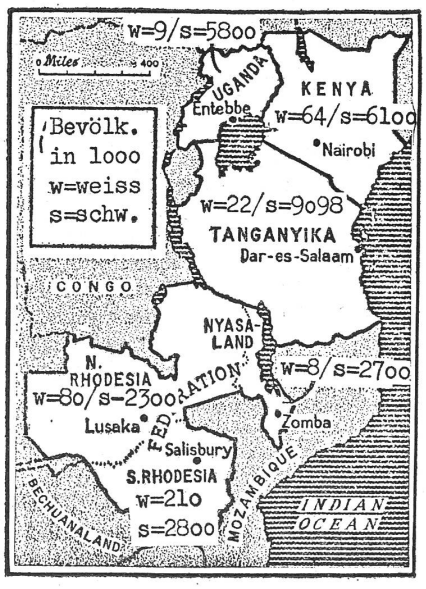
Blickfeld Ostafrika

Die Nichtaufnahme Südafrikas in das Commonwealth dürfte trotz der unmittelbar sich ergebenden Schwierigkeiten einen wichtigen politischen Erfolg des Westens im übrigen Kontinent darstellen. Rechtzeitig gekommen ist der Entscheid namentlich für Ostafrika, wo sich die Frage über demokratische oder kommunistische Zugehörigkeit in nächster Zukunft stellen wird. Denn während die offenen Krisenherde im Westen den grössten Teil der Weltaufmerksamkeit beanspruchen, bereiten sich im Osten die grossen Entscheidungen vielleicht ruhiger, aber mit der gleichen Unerbittlichkeit vor.

Für die Freie Welt sind die Aussichten insofern nicht ungünstig, als die Entwicklung vom Kolonialstadium zur Demokratie schon seit einiger Zeit vorbereitet wurde, und die Heranbildung eines selbständigen mit den Kolonialinteressen nicht zu identifizierenden einheimischen Kaders relativ frühzeitig an Hand genommen wurde. Auch verfügt Ostafrika heute über mehrere besonnene Führerpersönlichkeiten, die jedoch (wie die Bevölkerung) auch vom Kommunismus umworben werden. Der Westen hat hier auf der Hut zu sein. Segregationistische Tendenzen etwa verderben ihm viele Sympathien. Bezeichnend dafür war die Drohung Nyereres, Regierungschef von Tanganjika und ausgesprochen «westlich» orientierter Politiker, sein Land werde nicht einem Commonwealth beitreten, das die Südafrikanische Union mit einschliesse. Unterdessen hat sich die Commonwealth-Konferenz gegen die Aufnahme Südafrikas entschieden (formell zog Verwoerd angesichts des Widerstandes gegen seine Rassenpolitik sein Gesuch zurück) und bekannte sich damit weitsichtig zu den jungen Staaten.

Das Verhältnis von weisser und schwarzer Bevölkerung spielt eine wichtige Rolle bei der unterschiedlichen Entwicklung der verschieden heranreifenden Nationen. Besonders aufschlussreich ist hierbei die Verteilung in der Zentralafrikanischen Föderation. Ein Blick auf die hier wiedergegebene Karte zeigt einen wichtigen Grund, weshalb sich die Nationalisten in Nordrhodesien und Njassaland gegen den Fortebestand der Föderation wenden: Der Dominationswille des stark europäisch durchsetzten Südrhodesien (das vor allem das wirtschaftlich durch seine Bergwerke interessante Nordrhodesien nicht verlieren will) wird als Fortsetzung des Kolonialismus empfunden.

Verhältnis der weissen zur schwarzen Bevölkerung in den ost- und zentralafrikanischen Staaten.



Ein ernsthaft gemeinter Vorschlag auf konsularische Beziehungen zwischen der Südafrikanischen Union und den Südstaaten der USA ist von R. Parker, Sekretär der «Vereinigung beider Süden» erhoben worden. Nach Ansicht des südafrikanischen Politikers haben beide Gebiete nicht nur gemeinsame Interessen, sondern auch eine gemeinsame Zukunft: In wenigen Jahren werde die rassisch unterdrückte Bevölkerung das Joch abwerfen.

Contact

«Barmherzigkeit nur für Europäer», so überschreibt die in Kapstadt erscheinende unabhängige «non racial» Zeitschrift «Contact» einen Bericht über ein Vorkommnis bei Greylingstad. Nach einem Verkehrsunfall mussten einheimische Verletzte auf ihren Abtransport ins Spital warten. «Unser Ambulanzwagen ist nur für Weisse», hatte ein Stadtbeamter bestimmt.

Erstaunlich (und tröstlich) ist immerhin, dass in der SAU eine solche Zeitschrift wie «Contact» erscheinen kann, die etwa in unverblümten Ton auffordert: «Tragen wir dazu bei, die Apartheid-Regierung ihrer Machtmöglichkeiten zu berauben (als Beispiel wird dann die Commonwealth-Zugehörigkeit erwähnt!). So können wir ihre auf Terror, Armut und Tod gegründete Herrschaft beenden.»

Einer der Unterschiede zwischen dem Verwoerd-Regime und den totalitaristischen Staaten im Osten besteht darin, dass sich im kommunistischen Bereich keine Stimme wie «Contact» erheben kann.